Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 27

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

tischer Maschinenbaufirmen bis 1970, dem Zeitpunkt, der mit den Planperioden der einzelnen RGW-Staaten übereinstimmenden Comecon-Planung. Gemeinsame Produktion und Lieferung ist ab 1965 vorgesehen, wenn der laufende sowjetische Siebenjahresplan zu Ende geht. Geplant ist eine Spezialisierung zur Herstellung kompletter Einrichtungen für Schwarzmetallurgie, Schiffbau, Chemie-, Auto- und Elektroindustrie.

Solange Tito lebt, wird sich Jugoslawien dem Sowjetblock nicht voll und ganz anschliessen. Die Tendenz führt jedoch auf den Punkt hin, wo Belgrad und Moskau ihre Kräfte vollständig vereinen werden. Und mit Rankovics Wahl zum Vizepräsidenten der Republik ist diese Tendenz noch verstärkt worden.

Curriculum der Woche

ALEXANDER RANKOVIC

Auf den neuen Posten des jugoslawischen Vizestaatspräsidenten gewählt, womit sich seine Aussicht auf spätere Nachfolge Titos anscheinend verstärkt hat.

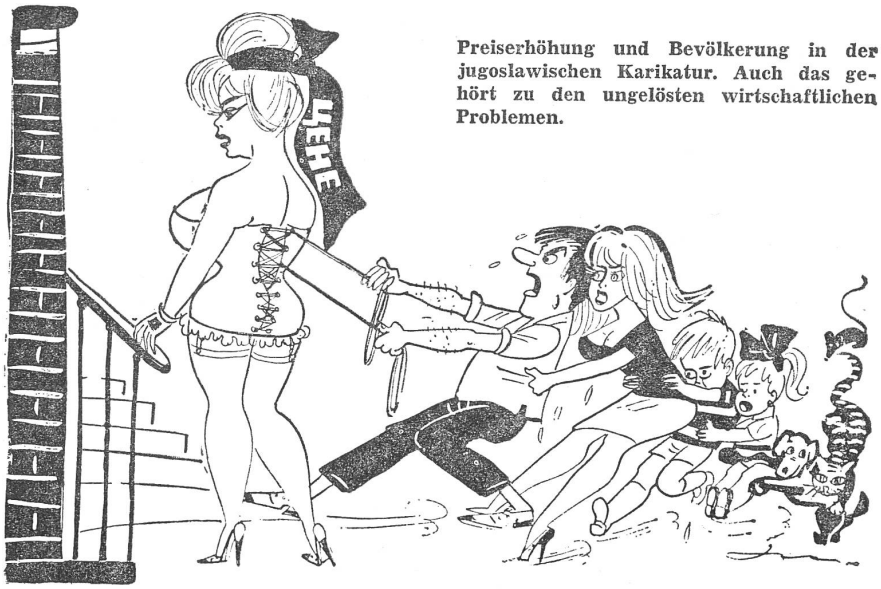
Rankovic ist Serbe. 1909 als Sohn eines Schmieds geboren. Wird nach Besuch der Elementarschule Schneider. Als aktives Mitglied der kommunistischen Untergrundbewegung 1929 verhaftet und für sechs Jahre interniert.

Seine Freundschaft zu Tito datiert aus diesen Jahren. Während des Krieges ab 1941 (nach dem Bruch zwischen Hitler und Stalin) als Partisan tätig. Entkommt in diesem Jahr als Verwundeter aus einem Gefängnisspital und wird in Titos Hauptquartier aufgenommen.

Wird nach dem Krieg Innenminister und kontrolliert als solcher auch die politische Polizei. Diesen Posten gibt er zwar auf, als er 1953 einer der Vizepräsidenten des Bundesexekutivrates (Regierung) wird, dürfte aber auch heute noch die Sicherheitskräfte kontrollieren. Als Politbüromitglied macht

er den titoistischen Kurs beim Bruch mit Stalin und der Kominform 1948 mit und wird in der Folge in der sowjetischen Presse als «Henker» und «Schlächter» Jugoslawiens angeprangert. Nach Chruschtschews Machtergreifung nimmt er an allen wichtigen Gesprächen mit der Sowjetführung teil und begleitet Tito auch häufig auf seinen grossen Auslandsreisen. Anlässlich der Moskauer Reise Titos im Dezember 1962 wird Rankovic von Chruschtschew und andern sowjetischen Führern augenscheinlich als Erbe des jugoslawischen Diktators gefeiert. Nach seiner Rückkehr bildet Rankovic das Organisationspolitische Sekretariat des Zentralkomitees (mächtigste Parteikörperschaft nach dem Politbüro) um, dem er vorsteht, indem er es vor allem mit seinen serbischen Anhängern füllt.

Rankovic ist in zweiter Ehe mit einer Slowenin verheiratet.



Preiserhöhung und Bevölkerung in der jugoslawischen Karikatur. Auch das gehört zu den ungelösten wirtschaftlichen Problemen.

Ideologie

UdSSR

Das Fiasko des ideologischen Parteiplenums

In der Sowjetunion und in der ganzen Welt wartete man mit gewisser Spannung auf das Parteiplenum des ZK der KPdSU, das ursprünglich Ende Mai stattfinden sollte und dann auf den 18. Juni verschoben wurde. Diese Spannung erklärt sich dadurch, dass es auf diesem Plenum zu einem massiven Angriff der Partei gegen die Freiheitsregungen der sowjetischen Schriftsteller und Künstler, die die allgemeine Stimmung wiedergeben, kommen sollte. Niemand wagte an eine Niederlage der Partei in diesem ungleichen Kampf zu denken und man hoffte nur, dass nicht allzuviele von den bekannten und populären Schriftstellern und Kunstmalern und nicht in allzu demütigenden Ausdrücken ihre «Fehler» anerkennen würden.

Dass auch die Initianten und Organisatoren dieses Plenums mit solchem Verlauf dieser Veranstaltung rechneten, beweisen die selbstsicheren Worte des Hauptredners des Plenums, Iljitschows: «Vielleicht sollte man einige Werke nennen, die in den dicken Zeitschriften ‚Novij mir', ‚Neva', ‚Junostj' u. a. veröffentlicht wurden, die die sowjetische Oeffentlichkeit missbilligte. Aber die Verfasser und Redaktoren sollen selbst sagen, was sie darüber denken.»

Nach dieser unmissverständlichen «Einladung» zur «Beichte» konnte man das Schlimmste erwarten und mancher Sowjetbürger dachte dabei: «Jetzt werden sie alle schön der Reihe nach auf die Tribüne klettern und Tränen der Reue vergiessen». Tatsächlich nahmen an der Diskussion nach dem Vortrag Iljitschows 27 Redner teil, die alle ohne Ausnahme die Hauptthesen seines Vortrages unterstützten und die leitende Rolle der Partei in allen ideologischen Fragen, also auch auf dem Gebiete der Literatur und Kunst, vorbehaltlos anerkannten und die Tendenz der Duldung verschiedener ideologischer Konzeptionen scharf verurteilten. Diese Einmütigkeit verleitete sogar einige anerkannte Kenner der sowjetischen Verhältnisse im Westen zu der Feststellung, dass die Parteiführung alle mit dieser Tagung erstrebten Ziele erreicht habe.

In Wirklichkeit ist aber diese Feststellung grundsätzlich falsch, denn die an sich «normal» verlaufene Tagung hat einen entscheidenden Schönheitsfehler: von den 27 Rednern waren 15 hauptamtliche Parteifunktionäre — Parteisekretäre der Gebiete oder Republiken, weitere 10 Redner waren Parteifunktionäre auf dem Gebiet der Kultur — Kulturminister, Verbandssekretäre, Zeitungsredaktoren usw. — und nur 2 gehörten zur Kategorie der «Kulturschaffenden», nämlich G. Tschuchraj, Kinoregisseur, und N. Tscherkassow, Schauspieler. Dabei wurden zu diesem Plenum nicht weniger als 2300 Personen eingeladen, hauptsächlich Dichter, Schriftsteller, Bildhauer, Musiker, Kunstmaler, Komponisten usw.

Dieses Ergebnis — zwei von über 2000 — übertrifft die gewagtesten Hoffnungen auf einen Widerstand der sowjetischen künstlerischen Elite. Ueberraschend ist nicht nur das mutige Schweigen der früher kritisierten und wiederholt schwer angegriffenen Schriftsteller, die weder ihre eigenen Fehler noch solche ihrer Kollegen anerkennen wollten, sondern ebensosehr das Schweigen der parteitreuen «Kulturschaffenden» vorwiegend der «dogmatischen» Richtung. Man hat den bestimmten Eindruck, dass man sie einfach nicht sprechen liess und zwar aus einem politischen Grund: man kann doch nicht gleichzeitig gegen die «dogmatischen» Chinesen kämpfen und eigene Dogmatiker fördern.

In dieser Beziehung hat die «Diversion» der Chinesen, die Verteilung ihrer Anklageschrift gegen die KPdSU, eine entscheidende Bedeutung gehabt. In Moskau zir-

kulieren Gerüchte, wonach es schon während des Plenums zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des Parteipräsidiums kam und man deshalb von einem Auftreten der Dogmatiker im Plenum eine Ausbreitung dieser Auseinandersetzung befürchtete. Deshalb wurde beschlossen, sich mit dem rein deklarativen Charakter des Plenums zu begnügen.

Von dieser Niederlage der Parteiführung haben die sowjetischen Schriftsteller nichts gutes zu erwarten. Der Kampf geht weiter. Man wird gegen die widerspenstigen Schriftsteller mit Nichtveröffentlichung ihrer Werke und mit Verweigerung der Auslandsreisen vorgehen, ihre Entschlossenheit ist aber ein sicheres Zeichen der Schwäche der Parteiführung. gb.

Aussenpolitik

Ostblock

Waffen für Verwoerd

Apartheid-Diktatur wird durch Handfeuerwaffen aus CSSR und SBZ aufrechterhalten / Boykott des Westens wird vom Ostblock zur Exportsteigerung nach Südafrika benützt.

Meldungen, die seit einiger Zeit in Umlauf waren, haben sich bestätigt: Das südafrikanische Regime hält sich für die ausbleibenden westlichen Waffenlieferungen an Waffenimporten schadlos, die in gesteigertem Ausmass aus dem Ostblock kommen. Es handelt sich in erster Linie um Pistolen und andere Handfeuerwaffen, ausgesprochen geeignet zur Unterdrückung der Bevölkerung durch die Polizei. Bekannt sind bisher tschechische und sowjetzonale Lieferungen. Das geschieht zur gleichen Zeit, da die kommunistische Presse gegen abgelaufene oder ablaufende westliche Waffenlieferungen an Südafrika grosse Protestartikel veröffentlicht.

Die Sitzung des Uno-Sonderausschusses zur Apartheid-Politik vom 28. Juni, wo die Fragen von Waffenlieferungen an Südafrika behandelt wurde, wurde in der Presse des Ostblocks heuchlerisch gross aufgemacht, der seine Exporte noch jetzt zu dementieren sucht. Die rumänische Zeitung «Neuer Weg» schrieb noch am 30. Juni dieses Jahres: «Verwoerd hat dazu (zum Massenmord an Afrikanern) bereits entsprechende Vorarbeit — Bereitstellung von 101 Millionen Pfund für Waffenlieferungen aus England, den USA und andern Nato-Ländern ... — geleistet.»

In Wirklichkeit sind die westlichen Waffenlieferungen seit Annahme der Uno-Resolution vom 6. November 1962 über deren Einstellung entscheidend zurückgegangen, während der Ostblock seither das Waffengeschäft erst richtig angefangen hat. Zudem entspricht das Bild den allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen Südafrikas: mit dem Westen ständig abnehmend, mit den kommunistischen Staaten ständig zunehmend.

Die Bundesrepublik, Schweden, Dänemark, Italien und Kanada haben Waffenexporte nach Südafrika abgestellt, die Vereinigten Staaten werden die Lieferung jener Waffen einstellen, die intern zu Unterdrükkungszwecken verwendet werden können, in Grossbritannien stösst selbst die verkleinerte Ausfuhr auf wachsende, erfolgreiche Opposition (wobei der traditionelle englische Hauptanteil am südafrikanischen Handel zu berücksichtigen ist).

Je mehr sich in den letzten Monaten diese Entwicklung vom Westen her auswirkt, desto dringender musste sich Verwoerd nach einem Ersatz umsehen: Er fand ihn bei kommunistischen Staaten. Diese Sachlage wurde am 9. Juni vom Afrika-Korrespondenten des «Observer», Colin Legum detailliert geschildert, der über die Einfuhr von tschechischen und sowjetzonalen Handfeuerwaffen berichtete. Schon etwas zuvor waren in Deutschland Meldungen über diesbezügliche SBZ-Exporte aufgetaucht. Bestätigt wurden aber diese Meldungen definitiv durch die Erkundigungen, die nach einem tschechischen Dementi eingezogen wurden.

Ein CSSR-Dementi ...

Am 30. Juni liess die tschechoslowakische Botschaft in London ein Dementi veröffentlichen, in dem die Berichte über Waffenlieferungen aus der CSSR nach Südafrika als «völlig unwahr» bezeichnet wurden. Es seien bis zum letzten Herbst lediglich Jagd- und Sportwaffen nach Südafrika exportiert worden, und auch diese Lieferungen seien nach der Uno-Resolution vom 6. November eingestellt worden.

Das Dementi wurde dem «Observer» in Briefform zugestellt. Die Zeitung zog genaue Erkundigungen in Südafrika selbst ein und publizierte ihre Ergebnisse zusammen mit dem Dementi.

... wird dementiert

Die Vertretung für den Vertrieb von Brünner-Schusswaffen in Kapstadt, Bren Arms Limited gab bekannt, es seien weder südafrikanische Waffenbestellungen in der CSSR annulliert worden noch hätten die Lieferungen aufgehört. Neue Schiffsladungen seien vielmehr eingetroffen, und tschechoslowakische Waffen seien frei erhältlich. Der Umfang der Waffenimporte nehme auch nicht ab, sondern im Gegenteil zu.

Damit ist das tschechoslowakische Dementi in London als offenkundige Lüge demaskiert worden.

Eine sowjetzonale Handelsdelegation hat diesen Frühling in Kapstadt aus freien Stücken Angebote auf Lieferung von Pistolen, Jagdgewehren und Munition unterbreitet, die jetzt eingeführt werden. Vielleicht wird in nächster Zeit bekannt werden, dass ähnliche Vorschläge auch aus anderen kommunistischen Staaten behandelt wurden.

Dazu kommt, dass Südafrika seine Handelsbeziehungen zum Ostblock intensiviert hat, was im Falle der Tschechoslowakei, der SBZ, Ungarns und Polens belegt werden kann. In den ersten zwei Monaten dieses Jahres betrug der Wert des tschechoslowakischen Exports nach Südafrika 257 000 Pfund gegenüber 226 000 Pfund in der gleichen Periode des Vorjahres. Die CSSR hatte letztes Jahr selbstverständlich mit den übrigen kommunistischen Staaten zusammen vor der Uno für den Handelsboykott gegen Südafrika gestimmt.

Mit Peking sondiert Pretoria gegenwärtig die Möglichkeit südafrikanischer Exporte von Fruchtkonserven nach China, das erst kürzlich grössere Quantitäten von südafrikanischem Mais gekauft hat.

Während also die kommunistischen Staaten lauthals gegen das Verwoerd-Regime protestieren, unterstützen sie es gleichzeitig wirtschaftlich und rüsten es mit Waffen aus. Der Westen, der die Apartheid-Politik Südafrikas zunehmend mit Boykott beantwortet, wird von der kommunistischen Propaganda als Stütze der Pretoria-Regierung hingestellt. Das ist ein Meisterstück der dialektischen Tatsachenumkehrung, das Publizität verdient.

Politik

CSSR

Gärung hält an

Die kürzlich vom tschechoslowakischen Staatspräsidenten Novotny an die Adresse seiner inländischen Kritiker gerichtete Warnung, sie unterstützten bewusst oder unwissentlich den «Gegner» und müssten somit entsprechend beurteilt werden (siehe KB Nr. 25), scheint in der Slowakei offensichtlich tauben Ohren begegnet zu sein. Das amtliche Organ der slowakischen Jugendorganisation, «Smena», das über Novotnys Rede am 12. Juni in Kosice ausführlich berichtete, erwähnte jedoch bezeichnenderweise nicht die Kritik des Staatspräsidenten an dem slowakischen Schriftsteller Miro Hysko (der Ministerpräsident Siroky im Zusammenhang mit den in den fünfziger Jahren erfolgten Säuberungsprozessen attackiert hatte) und verschwieg auch die kritischen Bemerkungen über das slowakische Parteiorgan «Prawda», das Hyskos Attacke veröffentlicht hatte.

Die slowakische kulturelle Wochenschrift «Kulturny Zivot», die bislang eine mässigende Haltung gegenüber den aufbegehrenden Schriftstellern der Slowakei einnahm, hat jetzt über eine Rede von Gustav Husak vor einer Konferenz slowakischer Historiker berichtet, in der er die ständig wiederkehrende Behauptung als «absurd» bezeichnete, der slowakische Nationalrat sei ein Instrument des bourgeoisen Nationalismus gewesen.

Husak ist ein bekannter Funktionär der slowakischen KP, der 1954 wegen angeblichem slowakischem bourgeoisem Nationalismus zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden war.

«Kulturny Zivot» feierte seine Erklärung als «wahrhaft marxistisch» und nannte ihn einen «mutigen Revolutionär».

Die gleiche Zeitschrift hat zudem mit der Veröffentlichung von Artikeln des italienischen KP-Chefs Togliatti einen weiteren Schritt unternommen. Diese Artikel waren zuerst in der italienischen KP-Schrift «Rinascita» erschienen und Togliatti äusserte sich bei dieser Gelegenheit kritisch zur derzeitigen Kulturpolitik Moskaus.

Das von Stalinisten beherrschte Prager Regime führte seither seine Attacken gegen die Dissidenten in den Reihen der Intellektuellen fort.

In einer kürzlichen Rede wies Parteisekretär und Politbüromitglied Jiri Hendrych kategorisch die Auffassung zurück, die Schriftsteller würden zur «führenden ideologischen Kraft in der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Tschechoslowakei» und sie seien «die Vorhut der Zukunft».

In ähnlicher Form wie Hendrych äusserte sich auch das Prager Parteiorgan «Rude Pravo», das sowohl am «slowakischen Nationalismus» wie am «tschechischen Chauvinismus» Kritik übte. Zugleich behauptete die Zeitung, die Organisation des politischen Lebens in der CSSR ignoriere keinesfalls die Besonderheiten und spezifischen Probleme der Slowakei.

Soziales

Rumänien

Kesselflicker modern

Der letzte Schrei der rumänischen Wirtschaft ist auf dem Dienstleistungssektor die Rückkehr zum Prinzip des fahrenden Kesselflickers. Man kann sich nachgerade fragen, weshalb das Zigeunertum aufgehoben und das fahrende Volk «in die Gesellschaft»eingegliedert wird.

Eine Darstellung der Dienstleistungsbetriebe auf dem Land fand sich am 28. Juni in der Bukarester Zeitung «Elöre». Es komme öfters vor, heisst es da, dass ein Radioapparat verstumme, dass die Uhr, der Kühlschrank, die Schuhe oder das Kleid eine fachmännische Reparatur nötig hätten. Nun seien aber in kleineren Ortschaften sozusagen keine Reparaturwerkstätten angesiedelt. Auch Coiffeure und Photographen seien selten. «Wie kann der Bedarf der Bevölkerung diesbezüglich gedeckt werden?»

Nun, der Leiter der Ucecom (Zentralverband der kleingewerblichen Produktionsgenossenschaften) gab auf diese Frage Antwort: «Wir organisieren fahrende Dienstleistungsgruppen. Die Karavane fährt mit geschlossenen Lastwagen von Ort zu Ort, um Gegenstände aller Art zu reparieren, Fenster zu verglasen, Photos zu entwickeln oder Kleider auszubessern.» In einigen Regionen (Maramaros, Hunyad, Banat und Brasso) funktioniere der Dienst bereits, der auf das ganze Land ausgeweitet werden soll!

Die Ucecom spricht von einem bewährten System, was angesichts des Mangels an Handwerkern und Kleingewerbetreibenden in Rumänien so gut wie andern kommunistischen Staaten glaubhaft genug scheint. Die Ironie liegt höchstens darin, dass diese Rückkehr zum fahrenden Volk von einem sich selbst als fortschrittlich empfindenden Regime als eine Lösung für die Zukunft ins Auge gefasst werden muss.

Partei

Sowjetunion

Ein Stern geht auf

Die mehrmals von Nikita Chruschtschew angeschnittene Frage seiner Nachfolge ist in ein neues Stadium eingetreten. Wie östliche Diplomaten in vertraulichen Gesprächen erkennen liessen, denkt Partei- und Regierungschef Chruschtschew daran, die Machtübergabe an seinen Nachfolger schrittweise zu vollziehen. Der Kreml-Chef wolle zunächst das Amt als Ministerpräsident abgeben, das Amt des 1. Sekretärs der KPdSU jedoch beibehalten.

Nach dem Ausscheiden von Frol Kozlow gilt Dimitri Fedorowitsch Ustinow als der neue Kronprinz des Kremls. Ustinow ist Chef des Obersten Wirtschaftsrates, einer Behörde, die zur Kontrolle der gesamten sowjetischen Wirtschaft im März 1962 geschaffen wurde. Er gilt ebenfalls als Kandidat für Frol Kozlows ehemaligen Sitz im Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU. Der 55jährige Ustinow trat bis zum Frühjahr als Chef der geheimnisumwitterten sowjetischen Rüstungsindustrie kaum in das Rampenlicht der Moskauer Oeffentlichkeit. Das änderte sich, als er am 13. März 1963 an die Spitze des Wirtschaftskontrollrates gestellt und zum stellvertretenden Premier der UdSSR ernannt wurde. Ustinows Laufbahn kann als vorbildlich im kommunistischen Sinne gelten. Im Jahre 1933 besuchte er das Leningrader Institut für Waffentechnologie. Sei Prüfungen machte er so hervorragend, dass er sofort als Ingenieur im Forschungsinstitut der sowjetischen Kriegsmarine arbeiten durfte.

Als Mitglied der KPdSU seit 1927 hat Ustinow mehrere wichtige Posten in der Partei bekleidet, die genaueste Sachkenntnis und Organisationstalent verlangten. So zeichnete er 12 Jahre lang für die Rüstungsproduktion verantwortlich. Von 1941 bis 1945 war er als «Volkskommissar» tätig und stand von 1946 bis 1953 dem Rüstungsministerium vor.

Heute wird sein Name an fünfter Stelle in der sowjetischen Parteihierarchie, hinter Nikita Chruschtschew, Staatspräsident Leonid Breschnew und den stellvertretenden Premiers Anstas Mikojan und Alexei Kosygin genannt.

Wie aus gut unterrichteten Kreisen in Prag verlautet, soll es in nächster Zeit noch deutlicher werden, wer der «Zweite Mann im Kreml» ist. Die Position des zweiten Mannes, bisher von Kozlow eingenommen, soll mit Kozlows Partei- und Regierungsämtern an Ustinow übergehen.

Als Chruschtschew Ustinow zum Chef des Obersten Wirtschaftsrates der UdSSR ernannte, wurden seiner Aufsicht gleichzeitig mehrere Ministerien unterstellt. Die von Ustinow beaufsichtigten Ministerien hatten sämtliche auch mit Kriegsausrüstung zu tun. Das Ministerium für den Bau von Kraftwerken, das Ministerium für Geologie und Bodenschätze, das Ministerium für Mittelschwermaschinen und die Arbeiten in den zentralasiatischen «Volksrepubliken» wurden Ustinows persönlicher Kontrolle unterstellt. Seine Stellung hat sich, nach einem kurzen Bericht im Organ der Kommunistischen Partei der UdSSR, «Prawda», offensichtlich weiter gefestigt. Wie die Zeitung in einer kurzen, auf der ersten Seite erschienenen Nachricht mitteilte, hat Ustinow an Gipfelgesprächen der sowjetischen Parteispitzen mit «ausländischen Gästen» teilgenommen. T. P.

Brüderlichkeit

China/UdSSR

Während der Gespräche ...

zur Bereinigung der sino-sowjetischen Differenzen in Moskau mehren sich die Berichte über die gespannte Lage zwischen den beiden Mächten. In den Grenzgebieten vor allem scheint die Bevölkerung sehr lebhaften Anteil an der Auseinandersetzung zu nehmen, die vielleicht auch als Anlass verstanden wird, die Unzufriedenheit mit dem Regime allgemein zu manifestieren.

Die in Hongkong erscheinende «South China Morning Post» meldet Aufstände von Minderheitsgruppen in der chinesischen Provinz Sinkiang. Die Zeitung berichtet von blutigen Unruhen in den Städten Kuldja und Taching, die beide unmittelbar an der sowjetischen Grenze liegen. Rebellen aus den Gebieten um Kasach, Uighur und Usbek seien auf dem Höhepunkt der Unruhen vor das sowjetische Konsulat in Kuldja gezogen und hätten dort von den Russen Waffen und Munition verlangt. Obwohl der sowjetische Konsul diese Forderung nicht erfüllt und die aufgebrachte Menge an die chinesischen Behörden verwiesen habe, sei von einer Entspannung nichts zu verspüren. Vielmehr seien sämtliche Konsulate in Sinkiang auf Weisung der chinesischen KP geschlossen worden. Schon die Vorstellung der Bevölkerung, von den sowjetischen Vertretern Hilfe gegen die eigenen Behörden erhalten zu können, ist für Peking natürlich nicht tragbar.

Ueberdies ist von einer gesteigerten Fluchtbewegung in das sowjetische Gebiet die Rede, was ähnliche Meldungen von früher zu bestätigen scheint.

Am «sonnigen Herbsttag», den die jugoslawische Karikatur im Oktober letzten Jahres darstellte, schien noch Castro der Aussenseiter. Unterdessen schieben sich Chruschtschew und Mao die Rolle zu — und die ideologischen Kinder sind grösser geworden.